

ANALYSE zum voraussichtlichen Abschluss der Klimaverhandlungen in Paris

Das Signal, das auf null steht

Wieder einmal das Warten auf ein Signal. Vor den Verhandlungen spricht man vom Vertrag, den es endlich abzuschliessen gelte.

Während verhandelt wird, geht es um den Text, um dessen Formulierungen gerungen werde. Und wenn sich die Verhandlungen dem Ende nähern, rückt zwar wieder der Vertrag ins Blickfeld. Aber weder als Abkommen, das verpflichtet, noch als Text, den man lesen kann, sondern es bleibt dann ein «Signal». Natürlich ist so ein Signal nicht nichts und das Problem ist ja auch kein leichtes. Es ist zwar wieder Bewegung ins (Verhandlungs-)Paket gekommen, aber das grosse Problem, der grosse Bremsen, bleibt: der Unterschied zwischen Arm und Reich. Oder in der Klimawandelsprache: zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Wenn der Reiche nichts macht, mache ich sicher auch nichts

Gemeint ist Folgendes: Das Kyoto-Protokoll strebte feste Reduktionspflichten an. Die einzelnen (Industrie-)Länder sollten sich verpflichten, ihren Treibhausgas-Ausstoss gegenüber 1990 um einen bestimmten Prozentsatz zu senken. Die Entwicklungsländer - dazu zählte sich immer China, das mittlerweile tüchtig Treibhausgase produziert - sollten ausgenommen werden. Schwellen- und Entwicklungsländer zählten bald zu den Hauptstündern, und so war absehbar, dass man mit diesem Prozedere nicht weit kommen würde. Und der Grundsatz, man sollte dort vor allem reduzieren, wo mit überschaubarem Aufwand viel reduziert werden könnte (also nicht bei uns!), ist inhaltlich sicher nicht falsch, führt aber zur Auffassung, dass vor allem andere viel mehr tun könnten. Das impliziert aber auch das Dilemma: Wenn ich (damit sind die reichen Länder gemeint) sage, ich mache mal nichts, weil ich sowieso nicht mehr so schmutzig bin, fragen sich die anderen Länder, die aufholen wollen, warum sie etwas machen sollten, was auch die anderen nicht tun - und es passiert dann eben nichts - oder nur Scheinbares.

Die Klima-Modelle sind immer raffinierter geworden. Das erlaubt auch, dass man besser abschätzen kann, wie sich einzelne Reduktionsprogramme auswirken. Die oben erwähnte Paradigmenverschiebung profitiert indirekt auch davon. Einzelne Länder sollen mitteilen,



Christoph Bopp
«Der neue Vertrag trägt dem Reduktionsaspekt genügend Rechnung. Was wieder unter den Tisch zu fallen droht, ist der Gerechtigkeitsaspekt.»

was sie tun wollen. Man kann dann relativ zuverlässig berechnen, welchen Effekt das hat. Und es verhindert das Dilemma: Ich mache mal nichts, weil man es nicht merkt - das geht nicht mehr, sondern die Einsicht greift Platz, dass die Atmosphäre wirklich etwas ist, das zwar gemeinsam genutzt wird, aber auch durch unkoordinierte Nutzung zerstört wird.

Der «neue Vertrag», der heute fertig beraten werden soll, trägt dem Reduktionsaspekt genügend Rechnung. Dass sich die Staaten darin verpflichten, ihre Programme periodisch überprüfen zu lassen und nach Bedarf zu verschärfen, ist ein geeignetes Vorgehen. Was aber wieder unter den Tisch zu fallen droht, ist der Aspekt der Gerechtigkeit. Da geht es um Geld. Es soll einerseits wieder gutmachen, denn die Verursacher der Misere sind nicht zuletzt die Länder, welche sich erfolgreich mit Kohle und Öl industrialisiert haben. Und es soll helfen, dass die aufholenden Länder nicht den gleichen Fehler machen, den die reichen Länder - wenn auch nicht im Wissen - gemacht haben. Also Industrialisierung oder Technisierung ohne das Verbrennen von fossilem Kohlenstoff. Das ist nicht gratis, die reichen Länder sollen das bezahlen.

Nicht 2, nicht 2,5, nicht 1,5 Grad - für uns gilt null - null Emissionen

Das Wichtigste zum Schluss: Wir (damit sind die Bewohner der reichen Länder gemeint) dürfen uns nicht verführen lassen. Man redet von 2 Grad, von 2,5 Grad oder von «ambitionierten 1,5 Grad». Das vernebelt die harte Tatsache, dass es nicht um «wissenschaftliche Ziele» (wie Bundesrätin Leuthard sich ausdrückte) geht oder um «politische Ziele» (die sie von ersteren unterscheiden wollte). Sondern schlicht und einfach, dass das Ziel für uns «null» heisst. Wir (die Bewohner der reichen Länder) müssen unsere Wirtschaften «de-karbonisieren» - je früher, desto besser. Ohne Kohle, ohne Öl - nur mit erneuerbaren Energien. Jetzt wird darum gestritten, wie man diesen - doch etwas unbequemen - Tatbestand benennen will. Aber was auch immer die Saudis und Co. sagen und machen (Benzin dürfte nicht teurer werden, wenn wir hier über die «Energiewende» nachdenken), an dieser Null führt kein Weg vorbei - 2030 oder 2050.

@ christoph.bopp@azmedien.ch

MEIEREIEN

Bern erkunden

Auf der Bundhausterrasse in Bern. Prächtiges Wetter. Die Alpen zum Greifen nah. Eine Schulklasse fläzt sich an der Sonne, eingemummelt in dicke Jacken und umwickelt von flauschigen Schals. Der stündige Bundeshausbesuch war streng. Der Lehrer bittet jetzt die Schülerinnen und Schüler zu sich. Es muss ein erfahrener Lehrer sein, auch wenn er noch ziemlich jung aussieht. Denn er teilt die Schüler gleich selber in Vierergruppen ein, das Murren überhört er ungerührt, Umteilungswünsche erst recht. Dann verteilt er Stadtpläne und erklärt aus-



von Jörg Meier

fürlich, was zu tun sei: Die Gruppen sollen die auf den Plänen eingezeichneten Posten in beliebiger Reihenfolge anlaufen und dem Lehrer jeweils von jedem gefundenen Posten aus ein Gruppen-Selfie schicken. Öffentliche Verkehrsmittel sind erlaubt, verboten sind McDonald's und Alkohol. Geduldig zeigt der Lehrer den Halbwüchsigen, wie sie die Karte halten müssen, wo ihr aktueller Standort ist, sagt, dass sie ihn anrufen dürfen, wenn sie nicht mehr weiterwissen.

Eine Mädchengruppe drängt ungestüm auf den Start. Der Lehrer erlaubt ihnen, sich aufzumachen. Sie rennen auf und davon - ins nächste Restaurant aufs WC. In allen Richtungen machen sich alsbald auch die anderen Gruppen auf, bedächtig die einen, etwas zügiger die anderen.

Nur eine Gruppe bleibt zurück. Einer hält den Stadtplan ziemlich ratlos in Händen, will ihn weitergeben, aber keiner will ihn haben. «Was müemer mache?», fragt das Mädchen mit den grünen Streifen im Haar. Die andern zucken die Schultern. Einer macht sicherheitshalber ein Selfie. Dann zücken sie die Notfallnummer und rufen den Lehrer an.

Manchmal begreife ich, warum Lehrpersonen zwölf Wochen unterrichtsfreie Zeit brauchen.

@ joerg.meier@azmedien.ch

ANALYSE über Gewinner und Verlierer, die Departementsverteilung und die Folgen

Sieben Nachwehen zu den Bundesratswahlen

Der Rummel im Bundeshaus ist vorüber, die National- und Ständeräte haben gewählt, Guy Parmelin ist der 116. Bundesrat der Eidgenossenschaft, die Politik geht zur Tagesordnung über. Doch die Ereignisse vom 9. Dezember 2015 hallen nach - es gibt Gewinner und Verlierer.

1. Die Departementsverteilung - Maurer gewinnt: «Kurz, konkordant und kollegial» sei die Sitzung verlaufen, so Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Das Resultat brachte die Überraschung der Woche: Ueli Maurer wechselt ins Finanzdepartement. Der 65-Jährige will es nochmals wissen und hat angekündigt, mindestens vier weitere Jahre im Bundesrat zu bleiben. Ein mutiger Entscheid - es wäre bequemer gewesen, im vergleichsweise wenig bedeutenden Verteidigungsdepartement zu verharren. Die neuen Dossiers sind hochkomplex, und Eveline Widmer-Schlumpf hinterlässt grosse Fussstapfen, da sie fachlich allseits respektiert war. Zudem muss jetzt ausgerechnet Maurer, der stets mehr Geld für die Armee verlangte, an allen Ecken und Enden sparen. Sommaruga hingegen wollte Justiz- und Asylministerin bleiben. Schade! Sie hätte dafür sorgen können, dass die SVP in jenem Departement die Verantwortung übernimmt, das sie am meisten kritisiert. So wird die SVP Somma-



Christian Dorer
«Jetzt muss ausgerechnet Maurer, der stets mehr Geld für die Armee verlangte, an allen Ecken und Enden sparen.»

ruga mit dem Schlachtruf «Asylchaos!» weiterhin vor sich hertreiben.

2. Die SVP gewinnt: Die Partei hat ihren zweiten Bundesrat, und mit Parmelin erst noch einen, den sie selber wollte. Der geerdete Weinbauer hat das Potenzial zum Sympathieträger und zur Wahlkampflokomotive: In der Deutschschweiz hat die SVP 33, in der Westschweiz nur 21 Prozent Wähleranteil. Da liegt noch einiges drin, wenn sie sich vom Image der Deutschschweizer Blocher-Partei lösen kann. Gleichzeitig gibt es Risiken für die SVP: Falls sich Parmelin als eigenständiger erweisen sollte als erwünscht, kann die Partei ihn nicht als «halben Bundesrat» abqualifizieren wie einst Samuel Schmid - der Berner war Spreng-, der Waadtländer Wunschkandidat.

3. Mitteparteien verlieren: Alle beklagten die angeblich ungenügenden Qualifikationen der drei SVP-Kandidaten und die Ausschlussklausel, wonach jeder nicht offizielle Kandidat bei Annahme einer Wahl sofort aus der Partei ausgeschlossen würde. Dieser Beschluss ist in der Tat undemokratisch. Aber warum treten die Kritiker dem nicht selbstbewusst entgegen? Warum sagen sie nicht: Präsentiert andere Kandidaten oder schafft die Klausel ab - sonst bekommt ihr keinen zweiten Sitz! Wenn der CVP-Fraktionschef einzig mit erhobenem Zeigefinger mahnt,

«in Zukunft wird eine solche Einschränkung nicht mehr akzeptiert», dann demonstriert das Schwäche und Hilflosigkeit.

4. Bundesratsaspiranten gewinnen: Fast jeder National- und Ständerat träumt davon, eines Tages selber Bundesrat zu werden. Fast jeder hält sich auch für geeignet. Darum rechnet jetzt mancher seine Chancen aus für die nächsten Vakanzen. Beste Chancen haben alle Zentral- und Ostschweizer, weil ihre Regionen nicht im Bundesrat vertreten sind. Dumm gelaufen ist es für Westschweizer und Tessiner - denn als Nächstes werden wohl Deutschschweizer zurücktreten (Schneider-Ammann oder Leuthard), und da gibt es keinen vierten Sitz für die Lateiner.

5. Die Westschweiz gewinnt: Sie erhält ihre zweite richtige Dreiervertretung - die erste dauerte ab 1959 nur gerade eineinhalb Jahre, dazu gab es eine halbe mit dem perfekt zweisprachigen Freiburger Joseph Deiss und zwei Welschen. Aus Westschweizer Sicht ist die Wahl von Guy Parmelin deshalb historisch. Es spricht für eine Nation und deren Parlament, dass sie einer Minderheit derart viel Einfluss zugesteht. Und uns Deutschschweizern würde eine Prise mehr Westschweizer Unbeschwertheit ohnehin guttun.

6. Das Tessin verliert: Beinahe wäre das Tessin mit Lega-Staatsrat und SVP-Kandi-

dat Norman Gobbi wieder in den Bundesrat zurückgekehrt, wo der Südkanton seit 1999 nicht mehr vertreten ist. Jetzt ist die Türe für längere Zeit zu, obwohl mit Filippo Lombardi (CVP) und Ignazio Cassis (FDP) ambitionierte Anwärter bereitstünden. Halb so schlimm: Seit der moderne Bundesstaat besteht, war der kleine Südkanton mit sieben Magistraten während 79 von total 167 Jahren im Bundesrat vertreten. Uri, Schwyz, Nidwalden, Schaffhausen und der Jura hatten noch überhaupt nie einen Bundesrat.

7. Die Frauen verlieren: 2010 gab es vier Bundesrätinnen, dazu eine Bundeskanzlerin, also fünf Frauen und drei Männer. Neu sind es zwei Frauen und sechs Männer, und wenn dereinst die Amtsälteste, Doris Leuthard, zurücktritt, dann stehen in der CVP reihenweise Männer Schlange, aber keine Frau, und so könnte sich Simonetta Sommaruga plötzlich inmitten von sechs Bundesräten und dem Bundeskanzler wiederfinden. Gut, gibt es keine Quoten - denn wer will schon Quotenfrau sein? Wenn es aber die Parteien nicht schaffen, für guten männlichen und weiblichen Nachwuchs zu sorgen, wie sie für guten Deutschschweizer und Westschweizer Nachwuchs sorgen, dann gibt es dafür nur ein Prädikat: Nicht erfüllt!

@ christian.dorer@azmedien.ch